



Exportautos für den Irak: Neue Orders werden nicht angenommen

Kongreß entgegengehalten, es zählt auf den Demonstrationen der Friedensbewegung zum Standardrepertoire. Und es ist, in Grenzen, auch etwas dran.

Wirtschaftsboykott, das ist die übliche Meinung der Experten, bringt in der Regel die erhoffte Wirkung nicht. Doch dieses Mal sind auch die Fachleute unsicher.

Mit beachtlichen Folgen eines Irak-Boykotts rechnet Hans-Martin Burkhardt, Arabien-Referent im Bonner Wirtschaftsministerium. „Der Irak“, bestätigt auch Otto Plassmann, Geschäftsführer des Hamburger Nah- und Mittelost-Vereins, „wird dadurch längerfristig sehr hart getroffen.“

Die entscheidenden Fragen jedoch wegen die Fachleute nicht zu beantworten: Ob und wann selbst harte Embargofolgen Saddam Hussein zum Aufgeben zwingen hätten, wie lange fast die ganze Welt den Boykott gegen den Irak durchgehalten hätte.

Das Embargo gegen Saddam Hussein unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von früheren, erfolglosen Boykottversuchen. Nie waren die Vereinten Nationen so geschlossen für eine Wirtschaftssperre, nie wurde sie mit dem „Willen zur allerletzten Konsequenz“ (Burkhardt), dem Krieg, verhängt.

Der Export des Irak besteht zu 99 Prozent aus Öl und Ölprodukten, die wiederum zu 90 Prozent über Pipelines durch die Türkei und Saudi-Arabien zum Kunden kommen. Diese Ausfahrten brachten dem Diktator je nach Ölpreis und -menge jährlich zwischen 12 und 20 Milliarden Dollar an Devisen ein. Nach dem Uno-Boykott blieben die Einnahmen aus Ölpipelines und die Tankerverladung las-

sen sich 100prozentig überwachen: Saddam Husseins Devisenkasse fehlt der Nachschub.

Die Beute seines Raubzuges kann diesen Verlust nicht ausgleichen. In Kuwait fielen dem Diktator zwar reichlich Devisen-Banknoten und Gold in die Hände, die Schätzungen liegen zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Dollar. Doch die Preise für Schmuggelware steigen schnell, da schmelzen auch große Summen rasch dahin.

An Versuchen, die Lieferungen durch hohe Risikoprämien für Blockadebrecher zu unterlaufen, fehlt es nicht. Der Importstopp gilt dennoch als einigermaßen stabil.

Bestellte Großmaschinen und Einrichtungen, für den industriellen Aufbau des Landes wichtig, kommen nicht durch, neue Orders werden nicht angenommen. Doch das trifft den Irak kurzfristig wenig.

Schneller wirkt das Fehlen von Ersatzteilen und Betriebsmitteln. Doch die Konsequenzen halten sich in Grenzen; die Frist vom 6. August 1990 bis zum 17. Januar, dem Kriegsbeginn, war zu kurz.

Die schlimmsten Folgen hätte der Einfuhrstopp für Nahrungsmittel verursachen müssen. Der Irak importierte 75 Prozent seiner Grundlebensmittel, darunter etwa Weizen und Reis aus den USA.

Die Ernährung der Iraker hat sich tatsächlich verschlechtert, Saddam Hussein mußte Lebensmittelkarten ausgeben. Die Preise schossen in die Höhe. Der von westlichen Geheimdiensten vorausgesagte Zusammenbruch blieb jedoch aus.

Der Diktator hatte offenbar vorgesorgt, die Nahrungsvorräte müssen beachtlich gewesen sein. Der Irak hatte sich

außerdem bemüht, die eigene Landwirtschaft fit zu machen; dies war in den Jahren zuvor noch sträflich vernachlässigt worden. Das blieb nicht ohne Erfolg.

Hilfreich war für Saddam Hussein sicher auch, daß die unwirtschaftlichen Grenzen zur Türkei und zum Iran den Schmuggel gedeihen ließen. Anders als bei Maschinen läßt sich der Lebensmittelhandel per Lkw nicht wirksam unterbrechen, hohe Gewinnmargen locken.

Erstaunlich jedenfalls ist, daß der Export der Bundesrepublik in den Iran in den ersten zehn Monaten 1989 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum stark zunahm, von knapp 2 auf 3,2 Milliarden Mark. Iranische Importeure könnten, der Verdacht liegt nahe, einen Teil der unerwarteten Mehrbestellungen gegen happige Aufschläge an irakische Kunden weitergegeben haben.

Die Irak-Blockade war kein Schlag ins Wasser, ihre Folgen hätten sich bei längerer Dauer noch verschärft. Doch hätte sie Saddam Hussein über kurz oder lang zum Aufgeben zwingen können? Die bisherigen Erfahrungen mit Wirtschaftsblockaden lassen Zweifel aufkommen: Je länger sie dauern, desto mehr Schlupfwege für illegale Handelsströme werden gefunden – und desto schwerer wird es, die Boykotteure zusammenzuhalten.

Entscheidend aber ist die Frage, wie geduldig die irakischen Bürger sind, wie lange sie trotz aller Not zu Saddam Hussein stehen. Auf solche Fragen wissen auch Experten nur mit einer allgemeinen Erkenntnis zu antworten. Otto Plassmann: „Des Menschen Leidensfähigkeit ist sehr groß.“

SPD

In den Wolken

Die Sozialdemokraten haben sich über ihre Haltung zum Golfkrieg tief zerstritten.

Kritik an seinem Führungsstil und dem Bemühen, die unterschiedlichen Meinungen in der SPD zusammenzubinden, so sprach am Dienstag vergangener Woche der Vorsitzende Hans-Jochen Vogel im Fraktionsvorstand, sei selbstverständlich jederzeit zulässig. Aber: „Es kann auch ein Punkt kommen, wo ich sagen muß, jetzt kann ich nicht mehr.“

Verdattert schauten die Genossen ihrem mit grimmiger Miene davoneilen-

den Chef nach; keiner wußte, warum Vogel sich gerade jetzt aufgeregt hatte.

Es war wohl die allgemeine Anspannung, die dem Noch-Parteivorsitzenden zu schaffen macht, seit die Sozis über ihre Position zum Krieg am Golf auseinanderdriften. Das war am Tag zuvor deutlich geworden.

Da hatte das SPD-Präsidium Kriegsrat gehalten und ohne förmlichen Beschluß an die Uno appelliert, eine „Initiative“ zu ergreifen für eine Waffenruhe und politische Lösung des Konflikts. „Ziel bleibt“, so erläuterte Parteivize Oskar Lafontaine hinterher, „daß die Invasion Kuweits beendet wird“ – doch dann fing er an zu eiern: Ob der Rückzug Iraks oder dessen Beginn „Vorbedingung“ für einen Waffenstillstand sei, wolle er „dahingestellt sein lassen“.

Wie ihr Ex-Kanzlerkandidat denken immer mehr Sozialdemokraten. Je länger der Krieg dauert, je mehr Waffen zum Einsatz kommen, desto lauter wird der Ruf nach einem Waffenstillstand auch dann, wenn Saddam Hussein noch keine Rückzugsabsichten zeigen sollte.

Die Tendenz hatte sich gleich nach Kriegsbeginn in der gemeinhin als rechtslastig eingestuften Fraktion gezeigt. Kompromißloser noch als eine Woche später der stärker links geprägte Vorstand formulierten die Abgeordneten ihr Nein zu militärischer Gewalt. Nicht einmal Altmeister Willy Brandt hatte eine Chance: Der Vorschlag des Friedensnobelpreisträgers, den Aufruf „an alle Beteiligten, die Kriegshandlungen einzustellen“, durch ein „sobald wie möglich“ abzumildern, wurde abgelehnt.

Längst nicht alle Sozis sind auf dem Trip zum Waffenstillstand. Schatzmei-

ster Hans-Ulrich Klose etwa sieht keine Friedenschancen, solange im Irak der Diktator Saddam herrscht: „Nicht zuletzt deshalb muß dieser Mann niedergekämpft werden.“ Im Vorstand stützte NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen offen die Klose-Linie.

Kein Zweifel, der Golfkrieg birgt für die SPD viel Konfliktstoff. Schon kommen erste Spaltungsängste auf.

Vor der Fraktion mahnte am vergangenen Dienstag Peter Conradi, Anhänger einer sofortigen Waffenruhe, zu fairem Umgang. „Moralos und Realos“ dürften sich nicht gegenseitig „die Politikfähigkeit absprechen“, wie Klose das mit dem Diktum, „mit Angst und Moral allein ist Politik nicht zu machen“, schon begonnen habe.

Dramatischer noch warnte Hans Koschnick die Fraktionsgenossen. Der



Sozialdemokrat Klose
„Saddam niederkämpfen“

langjährige Bremer Bürgermeister erinnerte an das Jahr 1916, als die SPD-Reichstagsfraktion die Gegner der Kriegskredite aus ihren Reihen entfernte. Als einer, der „an der Seite der Uno und der Allianz gegen Hussein“ stehe, hoffe er, eines Tages nicht auch zu Ausgeschlossenen zu gehören.

Noch einhellig hatten die Sozis vorher unter dem Eindruck der Raketenangriffe auf Israel eine bisher sakrosankte Position gegen Waffenlieferungen in Spannungsgebiete aufgegeben. In der Fraktion gab es nur vier Gegenstimmen überzeugter Pazifisten gegen das Regierungsversprechen, Israel deutsche „Patriot“-Raketen zu liefern. „Abwehrsysteme kann ich nicht verweigern“, begründete Lafontaine den Meinungswandel.

Doch die Rigorosität der Friedensfreunde wächst. In Niedersachsen gefährdet Gerhard Schröder, Chef der rot-

grünen Landesregierung, sein bewährtes Zweckbündnis mit dem rechten SPD-Vorsitzenden Johann Bruns. Als Schröder in seiner Regierungserklärung vorletzte Woche zusammen mit seiner Absage an den Waffengang am Golf „ohne jedes Wenn und Aber“ die Heimkehr der deutschen Soldaten aus der Türkei forderte, hatte Bruns schon gemosert. Als er letzte Woche den Aufruf zu einer Demonstration in Hannover unterschrieb, in dem die Jüdischen Gemeinden „Solidarität mit Israel“ und den Alliierten fordern, verweigerte der Ministerpräsident Unterschrift und Teilnahme: Er mache bei „keiner Demo“ mit, deren „zentrale Forderung nicht lautet: Kein Krieg!“.

Schröders Freund Oskar Lafontaine hat schon das nächste Konflikthema drauf. Die Eskalation des Golfkriegs und die Diskussion, ob ein Angriff Iraks auf die Türkei in der Nato den Bündnisfall auslöst, zeigten, wie die USA über die Uno Nato und Deutschland in den Konflikt ziehen könnten. Und dann erinnerte der Saar-Regent daran, daß er schon vor Jahren vor dem Hintergrund solcher Zwangssituationen den Austritt der Bundesrepublik aus der militärischen Nato-Integration gefordert habe.

Macht Lafontaine mit dieser Diskussion weiter, wäre die SPD gewiß schnell in der antiamerikanischen Ecke, aus der Vogel und andere Fahrensleute sie herauszuhalten suchen. Im Fraktionsvorstand mahnte der Oppositionsführer seine Genossen vor „Rechthaberei“; die SPD müsse auch dann Politik machen können, „wenn man die eigene Position nicht realisieren kann“.

Auf seine verschlungene Art argumentierte Brandt kurz darauf vor der Fraktion im Sinne seines Nachfolgers. In der Sozialdemokratie hätten Pazifismus und moralisches Engagement seit jeher ihren guten Platz gehabt; auch sei „die Haltung der SPD vor Kriegsbeginn nicht widerlegt“, weil sich die Politik der Sanktionen gegen Bagdad gar nicht voll habe entfalten können.

Nun aber müßten die Freunde anpassen, daß „der Ruf nach Waffenruhe nicht in den Wolken landet“. Und mit leiser Ironie fügte Brandt hinzu, ob sich denn „die Weltmacht SPD“ zutrauen wolle, was nicht einmal der Uno-Sicherheitsrat leiste.

Doch wie „unberechenbar“ (MdB Helmut Esters) die Stimmung der Genossen mittlerweile ist, zeigte die Reaktion eines gestandenen Rechten auf Brandts zusätzliche Mahnung, die SPD dürfe sich „nicht über Gebühr“ bei den Schwesparteiern in Europa und der Sozialistischen Internationale „isolieren“.

Da posierte der Bayer Ludwig Stiegler: „Ich bin gerne isoliert, weil ich für den Frieden bin.“



Sozialdemokrat Koschnick
Erinnerung an 1916